



Dokumentation

Generationen-Dialog #1 „Klimaschutz als Generationenaufgabe“

Mittwoch, 22. Juni 2022

9.30 bis 13.00 Uhr

im Sozialwerk Berlin / Stadtteilzentrum Käte-Tresenreuter-Haus, Berlin

Einleitung

„Wir sind jung, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut.“ Mit diesem Ausruf verschaffte sich die Fridays-for-Future-Bewegung Gehör, weit über die jungen Generationen hinaus. Aber nicht nur die Jungen beschäftigen sich mit der Zukunft unseres Planeten. In ihrem Papier „Generationenaufgabe Klimaschutz“ zeigt die BAGSO den Handlungsbedarf auf lokaler und globaler Ebene auf. Auch die Seniorenarbeit, zivilgesellschaftliche Verbände sowie jede und jeder Einzelne sind aufgerufen, zu mehr Nachhaltigkeit beizutragen.

Eine zukunftsfähige – nachhaltige – Welt zu schaffen ist eine Generationen- und eine Gemeinschaftsaufgabe. In dem Workshop diskutierten Vertreterinnen und Vertreter von Jugend- und Seniorenorganisationen die Frage, was die verschiedenen Generationen zu mehr Nachhaltigkeit beitragen können und wie der Dialog zwischen „Jung“ und „Alt“ gestärkt werden kann.

Der stellvertretende Vorsitzende Karl-Michael Griffig und Vorstandsmitglied Margit Hankewitz begrüßten die Teilnehmenden. Als Leiterin des Käte-Tresenreuter-Hauses informierte die Gastgeberin über die Geschichte des Hauses und hob die große Bedeutung des Dialogs der Generationen hervor. Karl-Michael Griffig berichtete über die bisherigen BAGSO-Aktivitäten zum Thema. Auf dem 12. Deutschen Seniorentag veröffentlichte die BAGSO beispielsweise mit dem Deutschen Bundesjugendring ein gemeinsames Positionspapier, in dem sich beide Verbände für eine solidarische Gesellschaft und eine lebendige Demokratie aussprachen. Im Jahre 2019 fand eine Fachtagung zur Agenda 2030 im Rahmen der internationalen Altenpolitik statt. 2021 wurde das Positionspapier „Generationenaufgabe Klimaschutz“ veröffentlicht. Die

Veranstaltung solle ein Auftakt sein für den weiteren intensiven Austausch der Generationen, so Karl-Michael Griffig. Aktuell sei er wichtiger denn je.

Warum sollten sich die Generationen stärker verbünden?

Mit dieser Fragestellung beschäftigte sich Anna Braam, Stellvertretende Leiterin des Fachdienstes Klimaschutz der Stadt Oldenburg und zugleich Aktivistin im Netzwerk Zukunftsgerechtigkeit. In ihrem Impulsvortrag verwies sie zunächst auf die weltweit steigenden Temperaturen und das CO₂-Budget und untermauerte damit, dass dringend gehandelt werden muss. Dabei könnten nicht nur die Menschen aller Generationen, sondern auch die Kommunen einen entscheidenden Beitrag leisten. Anna Braam stellte die Aktivitäten der Stadt Oldenburg vor. Angestoßen durch die Proteste der Fridays-for-Future-Bewegung 2019 begann die Stadt in einem partizipativen Prozess, gemeinsam mit der Bevölkerung Maßnahmen zum Klimaschutz zu entwickeln und vor Ort umzusetzen. Das Ziel sei, bis 2035 klimaneutral zu werden. Die größten Potenziale lägen dabei in der Sanierung und Wärmedämmung von Altbauten, dem Ausbau von Photovoltaik-Anlagen und in der Mobilitätswende.

Das Besondere an dem Prozess in Oldenburg ist, so Braam, dass der Prozess von Beginn an ergebnisoffen gestaltet worden sei. Zudem werde auf eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Klimaschutzbewegung, der Politik und Verwaltung geachtet. Im Amt für Klimaschutz erprobe man neue Wege in der Klima-Kommunikation und mit Beteiligungsformaten, um alle Bevölkerungs- und Altersgruppen gleichermaßen anzusprechen. Maßnahmenpakete und Förderprogramme würden auf kommunaler Ebene dazu beitragen, alle Generationen zu aktivieren und einzubinden.

Abschließend warb Anna Braam für Verständnis für die jungen Generationen, die sich z.T. radikalisierten, um den Handlungsdruck auf Politik und Wirtschaft zu erhöhen. Die Auswirkungen des Klimawandels auf das Leben der jüngeren Generationen seien real und riefen bei vielen eine Klimaangst hervor. Zugleich sei ihr Ärger verständlich, denn der Klimawandel sei zum großen Teil von den vorherigen Generationen verursacht worden.

Im Anschluss tauschten sich die Teilnehmenden zu den Herausforderungen und dem möglichen Beitrag der unterschiedlichen Generationen zu einer nachhaltigen Zukunft in Kleingruppen aus. Als wichtigste Herausforderung wurde die Entwicklung geeigneter Maßnahmen und Langzeitstrategien auf allen Ebenen angesehen. Neben neuen gesetzlichen Regelungen solle es um eine Priorisierung von Maßnahmen und aufeinander abgestimmte Gesetzes- und Fördermaßnahmen gehen.

Als Handlungsfelder wurden beispielsweise der Verkehr, die Industrie, der Bereich Landwirtschaft und Ernährung sowie Mobilität genannt. Auch das Handwerk und der Mittelstand sollten nicht vergessen werden. Eine große Herausforderung bestehe auch in der Verhaltensänderung jeder und jedes Einzelnen. Es wurde dafür plädiert, den Konsum herunterzufahren, persönlichen Verzicht zu üben und sich gegen die Wegwerfgesellschaft zu stellen. Jeder Mensch könne durch die eigene Vorbildfunktion einen Beitrag leisten. Auf der anderen Seite wurde angemerkt, dass Nachhaltigkeit nicht nur eine individuelle Frage des Lebensstils ist. Eine Konzentration auf den Einzelnen könne den Blick auf dringend notwendige Maßnahmen in Politik und Wirtschaft verstellen.

Hausaufgaben müssten unbedingt bei der Kommunikation gemacht werden: Es müsse darum gehen, Interessengruppen zusammenzubringen statt zu spalten – dies gelte in der eigenen Familie wie auf internationaler Ebene. Die Thematisierung des Klimawandels sei auch eine Bildungsaufgabe. Die Art, wie Klimaschutz thematisiert werde, solle einen Beitrag dazu leisten, mehr Menschen für den Klimaschutz zu gewinnen und die Massen zu mobilisieren. Es sollten positive und funktionierende Lösungswege wie auch kleine übertragbare Maßnahmen vor Ort in den Vordergrund gestellt werden, von der erfolgreichen Wohnraumanpassung bis hin zum gemeinsamen Aufbau von Initiativen und Bündnissen.

Insgesamt müsse man sich darum kümmern, auch generationenübergreifend ins Gespräch zu kommen und die Menschen verschiedener Generationen zusammenzubringen. Über das Leitbild einer lebenswerten Stadt oder einer lebenswerten Wohnumgebung könnten Bürgerinnen und Bürger mobilisiert werden, die mit ihrem Engagement selbstwirksam tätig werden können. Über gute Projekte und Beispiele könnte die Motivation erhöht werden (Pull-Effekt).

Klimaschutz und Solidarität der Generationen

Zu Beginn des offenen Podiums stellte Dr. Lilian Schwalb, Geschäftsführerin Netzwerk und Fachpolitik beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), die gemeinsamen Aktivitäten der beteiligten Akteure im Bereich Klimaschutz vor. Das BBE betrachte den Klimaschutz als große gesellschaftspolitische Herausforderung und arbeite daher mit dem Staat, der Bürgerschaft, der Wissenschaft und den Medien zusammen, um Umwelt- und Klimaschutz aktiv anzugehen. In dem Mitte 2021 aufgelegten Projekt „Engagiert für Klimaschutz“ geht es darum, Räume zu schaffen für einen neuen Diskurs zu dem Thema und mithilfe von Praxisbeispielen andere zu inspirieren und das Thema weiterzuentwickeln. Über einen Ideenwettbewerb werden aktuell fünf Projekte mit jeweils 50.000 Euro gefördert, weitere fünf Projekte folgen

in der nächsten Phase. So sollen Kooperationen gefestigt und vor allem neue Ideen umgesetzt werden. Aktuell gibt es bereits über 100 Anträge auf Förderung und ein großes Interesse.

Katharina Dietze, Aktivistin, stellte die Aktivitäten bei den Omas for Future vor. Es gibt bundesweit insgesamt 70 Gruppen, bei denen auch die „Opas“ eingeladen sind mitzumachen. Besonders erfolgreich sei das Engagement in kleinen und mittelgroßen Städten, da dort die Vernetzung leichter sei.

Mit Klima-Mahnwachen, dem Klima-Quiz, Besuchen in Seniorenheimen und Schulen gehe es darum, Menschen zu bewegen und insgesamt die Gesellschaft zu verändern, so Katharina Dietze. Manche Ältere seien der Meinung, dass die Klimakrise ein Problem der jüngeren Generationen sei oder dass die Älteren nach einem langen Arbeitsleben nun berechtigt seien, ihr Leben zu genießen. Wiederum andere hätten das Gefühl, bereits viel für den Klimaschutz getan zu haben, und sehen die Politik in der Bringschuld.

Von einem Generationenkonflikt zu sprechen, sei, so Franka Bernreiter vom Deutschen Bundesjugendring, zu weit hergeholt. Bei der Klimakrise gehe es nicht um einen Konflikt der Generationen, sondern um Konflikte zwischen Männern und Frauen, arm und reich, Stadt und Land, zwischen Nationen. Als UN-Jugenddelegierte für Nachhaltige Entwicklung bringt sie sich kontinuierlich in Debatten ein und setzt sich für eine stärkere Beteiligung junger Menschen ein. Ältere Menschen müssten anerkennen, dass junge Menschen politisch benachteiligt und in der Politik unterrepräsentiert seien. Viele Jüngere würden sich im Klimaschutz engagieren wollen, hätten aber nicht die gleichen Zugänge und politischen Einflussmöglichkeiten. Viele junge Menschen seien selbst von Armut oder anderen Ausgrenzungen betroffen.

Franka Bernreiter plädierte dafür, dass die Älteren die Jüngeren aktiv unterstützen sollten. Es solle endlich erkannt werden, dass der Klimawandel ein drängendes, existenzielles Problem für die nachfolgenden Generationen darstellt, und dass in der Vergangenheit vieles versäumt wurde. Es könne nicht sein, dass die Älteren so weiter leben wie bisher und die Jüngeren mit den Konsequenzen dieses Lebensstils zu kämpfen haben.

Anna Braam von der Stadt Oldenburg zeigte Verbindungen zwischen der Klimakrise und der Pandemie auf. Klimaschutz sei auch Pandemieschutz. Ebenso verändere der Angriffskrieg in der Ukraine das Bewusstsein vieler Menschen. Sie würden sich von den fossilen Energien verabschieden. Es gebe eine starke Nachfrage nach Photovoltaik und Energieberatung. Im Unterschied zu anderen Krisen würde die Klimakrise die Menschheit noch sehr lange begleiten. Daher müsse dieses Thema

absolute Priorität erhalten. Bei der Bekämpfung der Klimakrise müssten alle Bevölkerungs- und Altersgruppen konkrete Aufgaben übernehmen. Die Bewältigung der Klimakrise erfordere aber auch die Beteiligung von Expertinnen und Experten und neue Formen der Vernetzung. So entstehe in Oldenburg eine Projektbegleitgruppe, bestehend aus Engagierten der Fridays-for-Future-Bewegung, der Industrie- und Handelskammer, dem City-Management, dem ADAC, ADFC, dem Behindertenbeirat und Bürgerräten. Diese berate sich fachlich einmal im Monat im Zeitraum eines Jahres. Hinzu kommen öffentliche Beteiligungsforen. Zwar seien junge Menschen noch nicht als Autofahrer unterwegs, aber als Verkehrsteilnehmende. Auf einer Jugendmobilitätskonferenz hätten daher Botschafterinnen und Botschafter aus den beteiligten Schulen ihre Forderungen geäußert.

Karl-Michael Griffig erläuterte das Engagement der BAGSO und stellte die Forderungen des Positionspapiers „Generationenaufgabe Klimaschutz“ dar. Es sei eine sehr wichtige Frage für die Älteren, welche Welt sie den Enkelkindern hinterlassen wollten. Klimaschutz sei „intertemporale Freiheitssicherung“, so eine Formulierung des Bundesverfassungsgerichtes in seinem Urteil zum Klimaschutzgesetz der Bundesregierung. Man müsse dafür sorgen, dass auch die folgenden Generationen die Freiheit haben, ihr Leben zu leben.

Für Leonard van Straaten von M.A.R.S. 2035 (Verein in Gründung), der spontan am offenen Podium teilnahm, gibt es beim Klimaschutz kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Die ältere Generation solle sich nicht von den Aufgaben verabschieden, sondern aktiv bleiben und gemeinsam mit der jüngeren Generation mehr für den Klimaschutz tun. Besonders bei den Babyboomern gebe es riesige Potenziale.

Ausblick und Perspektiven

Wie kommen wir einen Schritt weiter? Katharina Dietze erläuterte, wie wichtig das Engagement der Menschen ist. Es müssten unbedingt mehr Engagierte aus allen Generationen für den Klimaschutz gewonnen werden. Anna Braam berichtete von dem Erfolg lokaler Förderprogramme: Die Stadt Oldenburg habe das Förderprogramm „Alles fürs Klima“ ins Leben gerufen, das unbürokratisch Projekte mit bis zu 7.500 Euro fördert. Bisher wären bereits über 30 Projekte aus den Bereichen Kultur und des Natur- und Umweltschutzes gefördert worden. Die Vernetzung der Engagierten und der Austausch von Ideen müsse vorangetrieben werden.

Lilian Schwalb regte an, vorhandene Daten zum Klimawandel stärker zu bündeln und schneller ins Handeln zu kommen. Dafür sei ein starkes Netzwerk notwendig, um

darüber gemeinsame Projekte zu starten. Strukturschwache Regionen sollten besonders in den Blick genommen werden.

Dr. Hans Prömper vom Bundesforum Männer nahm spontan am offenen Podium teil und erläuterte, dass viele Menschen, die in den Ruhestand gehen, sich engagieren wollen. Sie suchten nach einer Aufgabe, aber wüssten nicht, wo sie anfangen und was sie machen könnten. Bei den älteren Generationen lägen viele Ressourcen, die genutzt werden können. Alle sollten sich die Frage stellen, wie sie Engagement aufbauen können.

Auf die Frage, was innerhalb von 12 Monaten unbedingt erreicht werden sollte, antwortete Franka Bernreiter, dass das Vertrauen in die Wissenschaft wieder wachsen müsse. Man müsse das Thema Klimaschutz nicht als individuelles, sondern als strukturelles Problem begreifen. Ein Großteil der Bevölkerung verstehe, dass die Industrie am meisten zur Umweltverschmutzung beiträgt. Das könne man nicht leugnen und dies müsse angegangen werden.

Die wichtige Rolle der Wissenschaft betonte Katharina Dietze, die sich wünscht, dass die Fridays-for-Future-Bewegung insgesamt noch stärker wird und in ihrem Kontext auch die Wissenschaft wieder mehr in den Fokus rückt.

Anna Braam stellte die Planungen für Oldenburg vor. Man müsse jetzt damit fortfahren, die Maßnahmen umzusetzen, auch wenn teilweise „dicke Bretter“ zu bohren seien.

Wie wird sich das Miteinander der Generationen verändern? Die unterschiedlichen und kontroversen Sichtweisen und Einschätzungen zum Klimawandel seien, so die Diskussionsteilnehmenden, in allen Generationen zu finden. Auch in der Jugend gebe es nicht überall Rückhalt für mehr Klimaschutz. Mitunter werde im Alltag auch ein Generationenkonflikt erlebt, jedoch würden die gemeinsamen Schnittmengen bei den Generationen eher überwiegen.

Karl-Michael Griffig äußerte den Wunsch, dass es in einem Jahr nicht mehr um mögliche, z.T. herbeigeredete Generationenkonflikte geht, sondern um die Potenziale der vielen engagierten Organisationen und Verbände. Dieses Potenzial sollte genutzt werden.

Lilian Schwalb sprach sich dafür aus, sich stärker auf ein positives Narrativ zu konzentrieren. Bei vielem sei man bereits einen Schritt weitergekommen, manches sei auf den Weg gebracht. Nun müssten weitere Schritte folgen. Dafür seien die Organisationen der Zivilgesellschaft und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger notwendig.